Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Sonn: M. Cohen. — Breslau: E. Schlotte, Wilh. Schaller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner, Wilhelm Arndt. — Cöln: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowski. —

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6.—8.; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Allgemeine Annoncen-Agentur der Compagnie générale de Publicité Etrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 246. [31. Jahrgang.] Berlin, Sonnabend den 28. Mai 1892, Abends. [31. Jahrgang.] Nr. 246.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungs-Spediteure und die Expedition dieser Zeitung **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfspaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese **Berlin 48, SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**

Fernsprech-Anschluß Nr. 6514. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung, unbestellte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Fernsprech-Anschluß Nr. 6514.

Inhalt der Sonntags-Beilage Nr. 21: Hausarrest. — Vaterländische Erinnerungen: Berlin zur Zeit des Großen Kurfürsten. — Mannigfaltiges: Etwas über Baden und Schwimmen. Eine ganz besondere Delikatesse für den Kuckuck. — Haus- und Landwirthschaft: Schutzmittel gegen die Kartoffelkrankheit. Die Gebissentwickelung und Altersbestimmung des Rindviehes. — Kleine Mittheilungen.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 28. Mai.

Aus einer in der Nummer 228 unseres Blattes vom 17. Mai wiedergegebenen Straßburger Korrespondenz haben unsere Leser erfahren, daß der Präsident der französischen Republik, Herr Carnot, die Absicht hat, während der bevorstehenden Pfingstfeiertage eine Reise nach der französischen Ostgrenze zu unternehmen, um das am 5., 6. und 7. Juni zu Nancy stattfindende französische Bundes-Turnfest (18. Fête fédérale de gymnastique) mit seiner Gegenwart zu beehren. In dem Schreiben unseres Straßburger Berichterstatters war auch erwähnt worden, daß die Studirenden der Universität Nancy sich ihrerseits in hervorragender Weise an den Festlichkeiten zu betheiligen gedenken und daß ein dortiger Studentenverein in einem auch durch die Presse veröffentlichten Rundschreiben an „alle Elsaß-Lothringer" den Bewohnern der Reichslande die speziell gegen die deutsche Universität Straßburg gerichtete Bedeutung der beabsichtigten studentischen Demonstration klar zu machen und deren Sympathie dafür zu gewinnen sucht. Zum Schluß war bemerkt, es sei schwerlich anzunehmen, daß Bewohner Elsaß-Lothringens zur Theilnahme an dieser ausgesprochenermaßen gegen das Deutschthum gerichteten Kundgebung sich verleiten lassen könnten, es sie über die unangenehmen Folgen eines solchen Verhaltens sich von vornherein klar sein müßten.

Eine unbefangene Deutung wird aus dieser Notiz schwerlich etwas Anderes herauslesen können als den Wunsch, den oder jenen unüberlegten jungen Mann, welchen das Leben noch nicht gewöhnt hat, den Folgen seines Thuns und Lassens ein ernsteres Nachdenken zu widmen, vor eventuellen Schäden zu bewahren. Die Pariser Sensationspresse aber greift die Sache auf, um unter beifälligem Echo aller Chauvinisten der Departements für sich und ihre Leser den Popanz einer deutschen Drohung gegen die „nationalen" Festlichkeiten in Nancy zurechtzumachen.

Zu einer derartigen Auffassung war aber deutscherseits eine Veranlassung absolut nicht gegeben.

Wenn das Oberhaupt der französischen Republik sich nach einer Stadt Frankreichs begiebt, um durch seine Anwesenheit irgend einer Sache von allgemeinerem Interesse die Ehre offizieller Beachtung zu erweisen, so ist dies eine Angelegenheit, deren Bedeutung durchaus auf die Grenzen des eigenen Landes beschränkt bleibt. Die französische Regierung hat seit geraumer Zeit ihre friedliche Haltung an allen denjenigen Orten und bei denjenigen Gelegenheiten unzweideutig dargethan, welche allgemein als die zu derartigen Kundgebungen geeigneten betrachtet werden. Schwerlich aber dürfte einem ernsthaften Menschen eingefallen sein, daß Herr Carnot ein Turnfest in Nancy oder anderswo dazu ausersehen könnte, um ein Abweichen von der bisher innegehaltenen Linie zu markiren. Sollte es dagegen wirklich vorkommen, daß von jungen Leuten inter pocula etwas geäußert würde, was gegen die Haltung der berufenen Vertreter der Republik verstieße, so weiß man in Deutschland ebenso gut wie anderswo, daß Worte zu werthen sind nach der Bedeutung dessen, der sie spricht.

Diese einfachen Reflexionen sagen allerdings nichts Neues. Sie sind auch nicht etwa deswegen angestellt, um die Kollegen von der französischen Presse zu veranlassen, bei Behandlung eines Themas, in welchem das rhetorische Talent mancherlei dankbare Motive finden mag, der Rücksicht auf Wahrheit und der Nüchternheit des Urtheils einen größeren Spielraum zu gestatten. Das mögen die Herren mit sich selbst abmachen. Dagegen schien es nicht unzweckmäßig, durch den einfachen Hinweis auf die Grundlosigkeit des in der französischen Presse erhobenen Lärms dazu beizutragen, daß deutsche Ohren sich durch denselben nicht mehr als billig irritiren lassen. Wenn es den französischen Journalisten gefällt oder vielleicht auch vom geschäftlichen Standpunkt aus zweckmäßig erscheint, aus der Mücke einen Elephanten zu machen, so ist dies noch lange kein Grund, ihnen darin nachzuahmen.

Außer dem militairischen Ehrendienst, wie solcher bereits gemeldet worden ist, sind nach als **Ehrendienst** zu Ihren Majestäten der Königin und der Königin-Regentin der Niederlande kommandirt:

Ihre Erzellenz die Freifrau v. Mirbach, Gemahlin des Ober-Hofmeisters Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin, und der Ober-Gewandkämmerer Graf Fritz v. Perponcher.

In der heutigen 15. Plenarsitzung des **Herrenhauses** führte die Vorlage, betreffend die Regelung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse in Neuvorpommern und Rügen, zu einer umfangreichen Debatte, an welcher sich die Herren Fürst zu Putbus, Graf v. d. Schulenburg-Beetzendorf, Minister von Heyden, Dr. Bierling und Präsident Drenkmann betheiligen — von denen sich die beiden Erstgenannten gegen die Vorlage aussprachen. (Bei Schluß des Blattes dauert die Debatte fort.)

In der heutigen (70.) Plenarsitzung des **Abgeordnetenhauses** wurde zunächst der Gesetzentwurf, betreffend die Abtheilung der auf Grund des § 46 der Wegeordnung für die Provinz Sachsen vom 11. Juli 1891 seitens des Staates an die genannte Provinz zu zahlenden Rente, definitiv in dritter Berathung, und dann der Nachtragsetat für 1892/93 (Wasserleitung in den oberschlesischen Bergbezirken) in der von der Budgetkommission beantragten Fassung in zweiter Berathung angenommen. — Bei der dann folgenden Fortsetzung der zweiten Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend das Diensteinkommen der Lehrer an den nichtstaatlichen öffentlichen höheren Lehranstalten, kam zunächst § 3, welcher nach der Vorlage lautete: Die bürgerliche Gemeinde ist verpflichtet, die zur Erfüllung der Bestimmungen der §§ 1 und 2 erforderlichen Mittel bereit zu stellen, soweit diese nicht aus den eigenen Einnahmen der Anstalt oder aus anderen bestimmten Fonds gedeckt werden" in Verbindung mit dem von der Kommission beschlossenen § 8a, sowie der von derselben vorgeschlagenen Resolution zur Debatte. Abg. von Schenckendorff beantragt, an Stelle des § 8a und der Resolution folgenden § 8a zu setzen: „Diejenigen Gemeinden und Korporationen, bei welchen durch die Forderungen dieses Gesetzes das Maß ihrer Leistungsfähigkeit überschritten wird, erhalten, sofern ein öffentliches Interesse für die Aufrechterhaltung der betreffenden Schulen vorliegt, für den Umfang und die Dauer ihrer Leistungsunfähigkeit eine staatliche Unterstützung, erforderlichenfalls bis zur Höhe der durch dieses Gesetz bedingten Mehraufwendungen. Die Entscheidung über die Gewährung des Staatszuschusses fällt der gemeinsamen Bestimmung des Unterrichts- und des Finanzministers zu. Im Falle einer ganz oder theilweise ablehnenden Entscheidung sind die für die Ablehnung maßgebenden Gründe anzugeben." Der Regierungskommissar bittet, im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes nicht nur den Antrag von Schenckendorff, sondern auch den von der Kommission beantragten § 8a (Für diejenigen Gemeinden und Korporationen, welche bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes zur Erhaltung ihrer höheren Schulen eine staatliche Unterstützung empfangen, wird dieselbe entsprechend den aus den Vorschriften dieses Gesetzes erwachsenden Mehrausgaben für die Dauer ihrer Leistungsfähigkeit erhöht) und ebenso die von der Kommission beantragte Resolution abzulehnen. In letzterer wird beantragt, die künftige Staatsbesteuerung aufzufordern: in Fällen, wo die eigenen Einnahmen bisher vom Staate nicht unterstützter Lehranstalten und die Mittel der Schulunterhaltungspflichtigen zur Erhaltung dieser Anstalten nach Maßgabe des § 1 dieses Gesetzes nachweisbar nicht ausreichen, in möglichst ausgiebiger Weise Beihülfen aus staatlichen Fonds zu gewähren, später aber diese Beihülfen nur solchen Gemeinden weiter zuzuwenden, für welche Lehranstalten ein örtliches Interesse vorhanden ist, oder welche beschließen, diese selben in andere höhere Lehranstalten für welche diese Vorbedingung zutrifft, umzuwandeln. Abg. von Eddy will dem § 3 als neuen Absatz hinzufügen: „Finden in einer Gemeinde nur weniger als 25000 Zivileinwohnern diese Aufwendungen statt für Anstalten, welche beim Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits bestanden, so werden sie der Gemeinde auf deren Verlangen jährlich aus der Staatskasse ersetzt." Der Regierungsvertreter hatte sich auch gegen diesen Zusatzantrag erklärt. Die Debatte, welche diese Anträge veranlaßten, war sehr eingehend, vermochte indessen die Abgeordneten nur in geringer Zahl an ihren Plätzen festzuhalten. Bei der Abstimmung wurde zunächst als Konsequenz des Beschlusses zu § 2 der § 3 nach der Regierungsvorlage angenommen; der § 8a nach dem Antrage v. Schenckendorff und ebenso dem bezüglichen Kommissionsantrage abgelehnt, also lediglich die Regierungsvorlage angenommen. Ebenso wird § 8a nach der Vorlage genehmigt. Die §§ 4—6 wurden ohne erhebliche Debatte nach den Kommissionsbeschlüssen genehmigt. Dem § 7 beantragt die Kommission folgende Fassung zu geben: „Der Unterrichtsminister ist befugt, soweit staatliche Zuschüsse erfordert werden, das Schulgeld an den nichtstaatlichen höheren Unterrichtsanstalten in derselben Höhe festzusetzen, wie von ihm zu bestimmenden Zeitpunkt festzusetzen und seine Erhebung anzuordnen, wie dasselbe bei staatlichen Schulen der entsprechenden Art zur Erhebung gelangt." Abg. Rintelen hält diese Bestimmung wegen des auf die Gemeinden geübten Zwanges für unannehmbar und bittet, den Paragraphen abzulehnen. Abg. Dr. Lieber will höchstens dem § 7 nach den Kommissionsbeschlüssen zustimmen, § 7 wurde demnächst in der Fassung der Kommission angenommen. (Die Debatte dauert fort.)

Die **Rede des Kultusministers Dr. Bosse,** welche derselbe gelegentlich der Jubiläumsfeier der rheinischen Ritterakademie in **Bedburg** gehalten, und welche der „Germania" als für seine Stellung zur Schulfrage hochbedeutsam signalisirt wurde, liegt dem genannten Blatte nunmehr im Wortlaut vor. Sie lautet:

„Es liegt mir als dem Vertreter der königlich preußischen Unterrichtsverwaltung zunächst die Aufgabe ob, zu verkünden, daß Se. Majestät unser Allergnädigster Kaiser und König aus Anlaß des heutigen Festes geruht haben, dem Herrn Erben, v. Spies-Büllesheim zu Haus Gull als Mitglied des Kuratoriums dieser Anstalt den königlichen Kronenorden III. Klasse und dem Herrn Direktor Dr. Diehl den Rothen Adlerorden IV. Klasse, sowie dem Schuldiener Arendbrett das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen. Ferner ist den Oberlehrern Dr. Vissen und Bitter der Professortitel verliehen worden. Sodann hat Se. Majestät unser Allergnädigster Kaiser und König mir gestern den Befehl zu ertheilen geruht, den Vertretern der Genossenschaft des rheinischen ritterbürtigen Adels aus Anlaß des heutigen Festes Allerhöchst Seinen gnädigsten Gruß zu entbieten. Indem ich Ihnen dieses mittheile, freue ich mich, daß ich in der Lage bin, Sie hier in dieser Versammlung des Schutzes und der Unterstützung der Regierung versichern zu können, welcher die Prinzipien, auf denen die Anstalt gegründet worden ist, durchaus sympathisch sind. Wir sind seitdem zwar in eine neue Zeit eingetreten; aber auch heute gilt es, Liebe und Treue zum Landesherrn durch die Pflege aller edlen geistigen Bestrebungen zu heben und zu vertiefen. Ich darf bezeugen, daß Se. Majestät der Kaiser, auch wenn er sich heute an den äußersten Osten seines Reiches befindet, doch im Geiste hier bei diesem Feste weilt. Wenn man in die Geschichte der Genossenschaft des rheinischen ritterbürtigen Adels und in die Zusammenstellung der Alten hineinblickt, so überrascht uns auf der einen Seite die ungewöhnliche Thatkraft, mit der die Genossenschaft gelungen ist, neue Krystallisationspunkte für die Wahrnehmung ihrer berechtigten Interessen zu schaffen; auf der anderen Seite sehen wir ein nicht zu unterschätzendes lebendiges Interesse unserer preußischen Könige an der Entwickelung und Durchführung der bei der Stiftung der Genossenschaft maßgebenden Grundsätze von König Friedrich Wilhelm III. an bis auf den heutigen Tag. Ich darf dabei namentlich an die hochselige edle Kaiserin Augusta erinnern, der die liebevolle Fürsorge für diese Anstalt Herzenssache war, seit sie in der Rheinprovinz geweilt hat. Wie könnte es auch anders sein! Es handelt sich hier um die rechten Mittel und Wege für die Erziehung der Jugend. In den Berichten über das Schuljahr 1891—92 ist ein Beitrag zur Geschichte der Anstalt enthalten, in welchem und die der hervorragenden Verdienste, welche sich um noch heute bemerkenswerthen Worte des ersten Gründers der Anstalt, des Ritterhauptmanns Grafen v. Mirbach, aufbewahrt worden sind, dessen Name gewiß für alle Zeiten hier unvergeßlich bleiben wird. Er hat die Ziele der Anstalt so klar und so unzweideutig gezeichnet, daß diese Worte es verdienen, heute hier wiederholt zu werden. Sie lauten: ‚Die Anstalt sollte unter Gottes Segen und Beistand Männer aus sich hervortreten lassen, die in der Treue zu Gott und ihrem Glauben unerschütterliche Treue bewähren ihrem Könige und dem deutschen Vaterlande durch wohlbegründete Wissenschaft und Gesinnung, innerlich ausgerüstet gegen die Macht und Blendwerke sittlicher und politischer Irrthümer und Verführung.'

Wenn man sieht, daß diese Anstalt, ihren höchsten Zielen entsprechend, trotz dieser Schwierigkeiten glücklich durch den Sturm der Zeit geführt worden ist, so gebührt der erste Dank dafür und zwar für Nähes, Erhaltung und Erhaltung der Anstalt, zunächst dem König aller Könige, dem Herrn aller Herren, dem allmächtigen Gott, an dessen Segen Alles gelegen ist. Darum aber darf ich den Wunsch hinzufügen, daß es dieser Anstalt gelingen möge, und Ernestrien im Sinne ihrer Gründer weiter zu wirken, die autoritativen Grundlagen des menschlichen Lebens zu befestigen und so die Aufgaben, die ihr gestellt sind, in der Pflege einer innerlich vornehmen einheitlichen und harmonischen Bildung der Jugend zu erfüllen. Es sollen hier Männer von geschlossenem Charakter herangebildet werden, die die Kraft besitzen, auf festem und ewigem Grunde die vorherbezeichneten Ziele zu erreichen. Die Zukunft wird uns noch heftigere Stürme bringen, als wir sie bereits erlebt haben. Und in diesen Stürmen wird wahre Religiosität die Stütze sein, die allein den Sieg verbürgt. Ja, wenn es gelingt, auf dieser Grundlage eine frische, thatkräftige Jugend hier heranzubilden, dann wird reicher Segen über von Bedburg aus in alle Lande gehen. Ich wünsche das auch namens der preußischen Unterrichtsverwaltung. Ich danke den Lehrern, Vorstehern und Mitgliedern der Anstalt von ganzem Herzen für Alles, was sie gethan haben; unsererseits aber versichere ich Sie, daß wir mit allem Ernst Ihnen helfen werden, wo wir können, um Hand in Hand mit Ihnen den Geist der Jugend zu beleben und zu heben. Ich bin tief davon durchdrungen: Nur auf diesem Grunde wird es möglich werden, unsere Jugend mit den Idealen zu erfüllen, welche in Wahrheit sich als die wirklichen Realitäten des Lebens erweisen. Nur auf diesem Grunde wird es gelingen, den Ansturm der falschen materialistischen Ideen erfolgreich entgegen zu treten. Unsere Ideale sind keine leeren Träume, es sind wirkliche Realitäten, welche die Jugend kennen und hochhalten und lieben muß, um den Kampf des Lebens siegreich bestehen zu können. Möge Gottes Segen auch ferner auf dieser Anstalt ruhen. Ich wünsche dieses von ganzem Herzen auch namens der preußischen Unterrichtsverwaltung. Ich hoffe, daß die Wünsche, die heute für diese Anstalt zum Himmel steigen, Erhörung finden mögen. Das walte Gott!'

Während die **Einnahmen des deutschen Eisenbahnverkehrs** aus dem Personenverkehr im gegenwärtigen Jahre die des vorigen Jahres übersteigen, bleiben die Einnahmen aus dem Güterverkehr fortdauernd nicht unerheblich zurück. Im April dieses Jahres betrug die Einnahme aus dem Personenverkehr im Ganzen 28 774 980 ℳ, das ist 4 243 340 ℳ mehr als in demselben Monate des Vorjahres, dagegen aus dem Güterverkehr im Ganzen 63 573 804 ℳ, das ist 3 731 857 ℳ weniger als in demselben Monate des Vorjahres. In der Zeit vom Beginn des Etatsjahres bis Ende April d. J. betrug die Einnahme bei denjenigen Bahnen, deren Rechnungsjahr die Zeit vom 1. April bis 31. März umfaßt, aus dem Personenverkehr 23 447 253 ℳ, das ist 1 483 456 ℳ mehr, aus dem Güterverkehr 54 209 643 ℳ, das ist 2 894 877 ℳ weniger als in demselben Zeitraume des Vorjahres, und bei denjenigen Bahnen, deren Rechnungsjahr mit dem Kalenderjahre zusammenfällt, aus dem Personenverkehr 16 440 189 ℳ, das ist 952 988 ℳ mehr, und aus dem Güterverkehr 36 291 505 ℳ, das ist 1 592 517 ℳ weniger als in demselben Zeitraum des Vorjahres.

Der Schluß des **bayerischen Landtags** wird heute in feierlicher Sitzung durch Se. Königl. Hoheit den Prinz-Regenten vollzogen. Die abgelaufene (III.) Session des 31. Landtags umfaßte 7 Monate 27 Tage und wurde wiederholt verlängert. Der Präsident Frhr. v. Ow verwies nach Verabschiedung der Aufgaben gegenüber den Klagen über die lange Dauer der Sessionen auf die Verhältnisse bei anderen Parlamenten und auf die Arbeitsfülle des bayerischen Landtags, auf welche die ungeahnte Entfaltung aller menschlichen Verhältnisse zurückgewirkt habe. Vorlagen, wie jene hinsichtlich der Bahnanlagen, seien theilweise förmliche Kollektionen von Gesetzen gewesen. Das Petitionsrecht zu beschränken, liege weder im Geiste der Verfassung, noch in der Absicht der Regierung oder des Landtags; die Zahl der Petitionen sei seit der letzten Session um zwei Drittel gewachsen, wie denn auch mit Recht auf die kolossale Belastung des Finanzausschusses durch dieselben hingewiesen wurde. Das Finanzgesetz enthalte mehr als ein halbes Hundert Bestimmungen von der größten Tragweite; 30 Etats wurden berathen, 21 Gesetzesvorlagen erledigt. Von den eingelaufenen Beschwerden blieben vier unerledigt; die Zahl der Petitionen betrug 778. Der Finanzausschuß hielt 112, das Plenum 109 Sitzungen. Bei einem Blick in die innere Bedeutung dieser Thätigkeit gewahre man vor Allem, daß sich die Staatsausgaben in der letzten Finanzperiode um 26 Millionen vermehrten; dem stehe aber auch eine Zunahme der Einnahmen gegenüber, so daß eine Abziehung des Staatshaushaltes mit 300 Millionen möglich war, ohne die Steuern zu erhöhen, so daß unter nicht unbeträchtlicher Erleichterung der Gebührenlasten. Vieles sei geschehen für Kunst und Wissenschaft, Kultur und Industrie, für den Verkehr und vor Allem für die Landwirthschaft, deren Blühen auch dem Gewerbe zu Gute komme. Letzteren habe man mit den Bewilligungen für das Nürnberger Gewerbemuseum u. s. w. besondere Fürsorge zugewendet. Der Staat könne doch nur Hindernisse beseitigen, damit die Kraft des Einzelnen sich entwickele; aber Sache dieses sei es, sich emporzuarbeiten zu befriedigenden Zuständen. Die günstige finanzielle Situation habe auch den sachlich ruhigen Verlauf der Berathungen ermöglicht; nur zwei Dinge seien Anlaß zu einiger innerer Aufregung geworden: die nie verstummende Frage nach dem Geiste, der die Schule leite, dann die staatliche Fürsorge für die Staatsdiener. Diese Erregung werde aber der Ueberzeugung Platz machen, daß es nur für das Beste des Volkes sei, den berufenen Vertretern der Staatsgewalt, welche charakterfest den nivellirenden Tendenzen der Zeit gegenüberstehen und mit Freudigkeit sich zum Volke herabzuneigen haben, um diesen Bedürfnisse zu erkennen, auch äußerlich jene Geltung zu sichern, die ihnen die Achtung des Volkes erweise. Das Volk wisse, daß es diese Achtung schulde, daß die Beamten aber nicht bloß um des Volkes willen, sondern, dem höchsten Richter im Gewissen verpflichtet, ihres Berufes walten.

Rundschau im Auslande.

Die parlamentarische Lage in **Italien** erscheint als eine so ungewisse, daß es augenblicklich kaum angeht, die Fragen, ob das Ministerium unverändert bleibt oder modifizirt wird, ob eine Kammerauflösung bevorsteht oder erst später erfolgt, und andere, welche damit zusammenhängen, in bestimmter Weise zu beantworten. In der heutigen Kammersitzung soll die Wahl des Präsidenten vorgenommen werden, und es ist möglich, daß hierbei die Situation etwas geklärt wird. Dem Vernehmen nach wünscht das Ministerium, daß Biancheri das Präsidium wieder übernehme. Die heutigen Wiener Blätter sind geneigt, das für das Ministerium so wenig günstige Kammervotum weniger dem Programm des Ministerpräsidenten, als seiner Persönlichkeit und der einiger seiner Amtskollegen zuzuschreiben. Der Kampf sei ein rechtes Konkurrenzspiel zwischen den alten und den jungen Herren gewesen und sei vorläufig zu Gunsten der Ersteren ausgefallen. Das Urtheil, welches ohne Zweifel eine gewisse Berechtigung hat, dürfte indessen doch in dieser Fassung zu weit gehen. In der ziemlich verworrenen Preßdebatte der letzten Tage treten zwei Punkte deutlich hervor, welche berücksichtigt sein wollen, um das rasche Umschlagen der Stimmung einigermaßen zu begreifen. Einmal ist die Rechte, welche Herrn Giolitti gegenüber anfänglich eine wohlwollende Haltung in Aussicht gestellt hatte, plötzlich stutzig geworden, als das neue Kabinet, wenn auch zunächst mit überwiegendem Scherzwort, ein Ministerium Crispi ohne Crispi genannt wurde. Wir wollen, so äußerten die Blätter der Rechten, lieber Francesco Crispi persönlich an der Spitze der Regierung, wo wir ihn offen bekämpfen können, als im Kabinet, worin sein Einfluß sich geltend machen könnte, ohne daß Maß und Ziel desselben nach außen sichtbar hervorträte. Sodann aber ist im Laufe der letzten Tage, hauptsächlich mit veranlaßt durch die in einem deutschen Blatt enthaltene Hinweisung, daß Italien durch den Bundesvertrag bezüglich der Stärke seiner Heeresmacht keinerlei Verbindlichkeiten eingegangen sei, der Gedanke von ausgiebiger Ersparnissen beim Heerwesen wieder mehr in den Vordergrund getreten. Nach den Andeutungen der Blätter zu schließen, erblickt eine Anzahl Abgeordneter in der Verbesserung von organischen Reformen in der Verwaltung, welche eine Verminderung der Ausgaben herbeiführen sollen, eine unsichere Anweisung auf die Zukunft, während sie durch umfangreichere Abstriche am Militairetat rasch und zuverlässig zu dem Ziele einer finanziellen Konsolidirung zu gelangen hoffen. Um letztere Frage und den modus procedendi, um zu ihrer Lösung zu gelangen, dreht sich schließlich Alles, und es ist möglich, daß, wenn allgemeine Wahlen ausgeschrieben werden, diese sich zu einer Art Plebiszit über die Finanzfrage gestalten. Scherern Vernehmen nach wird der Ministerpräsident Giolitti heute den Gesetzentwurf, betreffend die Bewilligung eines provisorischen Budgets für sechs Monate, einbringen und um die Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission ersuchen. Andererseits bestätigt sich das Gerücht, daß die Opposition die Herabsetzung des Budgetprovisoriums auf zwei Monate beantragen werde, um die Regierung zu nöthigen, möglichst bald die allgemeinen Wahlen vornehmen zu lassen.

Der **Pariser** Municipalrath verwies gestern den Antrag Prunieres', betreffend Bewilligung von 20 000 Fr. für die Nothleidenden in Rußland, an eine Kommission. Der sozialdemokratische Stadtrath Vaillant beantragte, die Summe in drei Theile zu theilen, von denen je einen die Familien der Bergarbeiter in Durham, die arbeitslosen deutschen Buchdrucker und die Nothleidenden in Rußland erhalten sollten.

Die sozialistische Arbeiterpartei **Belgiens** hat einstimmig beschlossen, am 14. Juni, dem Tage der allgemeinen Wahlen, nicht zu arbeiten, sondern eine große Manifestation zu veranstalten. Sämmtliche Arbeiter der Kohlenbecken von Charleroi, Mons und Lüttich werden ebenfalls feiern und manifestiren.

Einer Meldung der „Times" zufolge wird der Ministerpräsident von **Portugal,** Dias Ferreira, welcher interimistisch die Leitung des Finanzministeriums übernommen hat, die Unterhandlungen zwischen der portugiesischen Regierung und den Inhabern portugiesischer Anleihepapiere zum Abschluß führen. Demgemäß würde das zwischen Serpa Pimentel und dem Komité der Bondholders in Paris getroffene Uebereinkommen ratifizirt werden.

Das „Reuter'sche Bureau" meldet aus **Tanger** von gestern, die englische Spezialgesandtschaft habe in Fez die britische Flagge gehißt; es sei das erste Mal, daß eine fremde Fahne in Fez wehe; unter den Eingeborenen hätte sich eine gewisse Unzufriedenheit darüber kundgegeben. Eine weitere Meldung lautet: „Joan Smith berichtet von der Marokko-Kommission einen bisher vollen Erfolg. Der Sultan gestand im Prinzip die geforderten Landstraßenverbesserungen zu, wie auch eine neue Telegraphenlinie zwischen Tanger und Mogador via Spartelcap und die Einsetzung gemischter Gerichte. In Betreff der Neuorganisation der Polizei in Tanger unter englischer Leitung dauern die Verhandlungen noch fort."

Aus **Washington** geht dem „Wolff'schen T. B." folgende Nachricht zu:

Die allgemeinen Stimmung in der republikanischen Partei folgend, hat sich ein großer Theil der Bürger von Indiana zu Gunsten einer Präsidentschaftskandidatur des Staatssekretairs Blaine ausgesprochen. Blaine soll mit dem Präsidenten Harrison in einen persönlichen Zwist geraten sein. Wie angenommen wird, gilt die Nominirung Blaine's für die Kandidatur als sicher. Man glaubt, daß der Kampf um den Präsidentschaftssitz am Heftigkeit dem Kampf von 1884 zwischen Blaine und Cleveland umsomehr vergleichbar sein wird, als in jenes Jahre die sozialpolitische Frage gegenüber der Personalfrage in den Vordergrund trat.

Im **argentinischen Kongreß** wurde gestern eine besondere Botschaft des Präsidenten verlesen, in welcher die Verhängung des Belagerungszustandes mit dem Hinweis darauf gerechtfertigt wird, daß die radikale Partei, deren Führer Alem ist, ein weitverzweigtes Komplot organisirt hatte, das den Umsturz der Regierung bezweckte. Der Kongreß billigte die Haltung der Regierung.

Parteibewegung.

* Die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses hat, wie die „Kölnische Zeitung" meldet, auf Antrag des Grafen Kanitz am Sonnabend den Beschluß gefaßt, mit der Qual und dem Gezänk der Berathungen, eine befriedigende Formel für die Stellungnahme zur „Judenfrage" aufzufinden, Schluß zu machen und die Angelegenheit mit der Erklärung zu erledigen, daß ein Bedürfniß für die Aufnahme einer Auslassung zu der genannten Frage in das konservative Programm überhaupt nicht vorliege.

Die „Kreuzztg." bestreitet die Richtigkeit dieser Darstellung und sagt, die Fraktion habe nach der Generaldiskussion einmüthig beschlossen, es sei nothwendig, daß die konservative Partei in ihrem Programm eine entschiedene Stellung zur Judenfrage nähme. Die Fraktion habe sich ferner über das Ganze neu aufzustellende Programm geeinigt. In demselben sei ausdrücklich ausgesprochen, daß in unserem christlichen Staate nur christliche Obrigkeit zulässig sei. Das Blatt schreibt ferner:

„Endlich ist richtig, daß eine bei der Abstimmung (am letzten Sonnabend) durch 21 Mitglieder vertretene Strömung in der Fraktion sich kundgab, welche zur Zeit eine Revision des Programms für nicht opportun erachtete. Die Entscheidung hierüber werden, wie wir schon bemerkt haben, die Organe der Gesammtheit, in letzter Instanz ein allgemeiner Parteitag zu treffen haben."

Der „Reichsbote" dagegen meldet: „Richtig ist, daß auf Antrag des Grafen Kanitz die Programmrevision seitens der Fraktion des Abgeordnetenhauses sistirt worden ist, obgleich dieselbe eigentlich schon vollendet war. Der Grund ist aber nicht der, daß man von einer Berührung der Judenfrage überhaupt nichts wissen wollte, sondern vielmehr, daß der in dieser Beziehung gefaßte Beschluß einer großen Anzahl von Mitgliedern, zu denen auch Graf Kanitz gehörte, zu allgemein und zu wenig aktuell gefaßt war. Graf Kanitz war in letzter Zeit nicht im Abgeordnetenhause anwesend und hatte deshalb an den Verhandlungen der Programmrevision nicht theilgenommen; als er nun wiederkam und das neue Programm las, gefiel ihm dasselbe nicht und zwar wegen seiner allgemeinen Fassung über die Judenfrage, die auch Anderen nicht zusagte. Er war der Ansicht, eine Programmrevision sei überhaupt nicht nöthig, da die Tendenzen der konservativen Partei genügend bekannt seien, jedenfalls aber solle man lieber kein neues Programm machen, als ein in einem so einschneidenden Punkte unzulängliches. Diese Ansicht fand in der von mir 41 Mitgliedern besuchten Fraktionssitzung Beifall, und so wurde mit 21 gegen 20 Stimmen eine Resolution beschlossen, welche die Revision sistirte."

So, wie der Vorgang hier vom „Reichsboten" dargestellt ist, wurde derselbe auch uns von Abge-